

Höchstalter für die Einstellung ins Beamtenverhältnis - Kinderbetreuung -

Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.06.1998, AZ: 2 C 20.97
abgedruckt in IÖD 1999, Seite 14 ff.

I.

Die im Mai 1956 geborene Klägerin ist Mutter eines im April 1984 geborenen Kindes. Auf ihren Antrag vom 03.02.1994 wurde sie zum 08.08.1994 als Lehrerin im Angestelltenverhältnis in den Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen eingestellt. Ihren Antrag, sie in das Beamtenverhältnis auf Probe zu übernehmen, lehnte die Bezirksregierung mit der Begründung ab, die Klägerin habe das zulässige Höchstalter von 35 Jahren um 3 Jahre, 2 Monate und 19 Tage überschritten; Kinderbetreuungszeiten könnten jedoch nur im Umfang von 3 Jahren angerechnet werden.

Für die Klägerin ist vorgetragen worden, dass § 84 Abs. 1 Satz 2 LVO NW zu ihren Gunsten greife. Nach dieser Norm gilt eine Ausnahme von dem Höchstalter für die Einstellung oder Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe als erteilt, wenn der Bewerber an dem Tage, an dem er den Antrag gestellt hat, die Höchstaltersgrenze nicht überschritten hatte und die Einstellung oder Übernahme innerhalb eines Jahres nach Antragstellung erfolgt. Bei Antragstellung im Februar 1994 hatte die Klägerin das Höchstalter von 35 Jahren zuzüglich 3 Jahre Kinderbetreuungszeiten nicht überschritten.

II.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision der Klägerin gegen das abschlägige Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster zurückgewiesen.

Die amtlichen Leitsätze des Bundesverwaltungsgerichts lauten:

- | |
|--|
| <p>„1.
Eine Ausnahme von dem in Nordrhein-Westfalen vorgeschriebenen Höchstalters für die Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe kann nicht zugelassen werden, wenn die Gründe für das Überschreiten durch besondere Regelungen berücksichtigt sind.</p> <p>2.
Hat ein Bewerber die laufbahnrechtliche Höchstaltersgrenze wegen Kinderbetreuung überschritten, tritt nicht zusätzlich die Fiktion gem. § 84 Abs. 1 Satz 2 LVO NW ein.“</p> |
|--|

III.

Aus den Entscheidungsgründen:

Das Klagebegehren scheidet allerdings nicht schon daran, dass die im Mai 1956 geborene Klägerin zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Revision ein Alter erreicht hat, das über das Einstellungshöchstalter von 35 Jahren zuzüglich der von ihr geltend gemachten Verzögerungszeiträume nach § 6 Abs. 1 Satz 3 LVO von höchstens 3 Jahren und nach § 84 Abs. 1 Satz 2 LVO von höchstens 1 Jahr deutlich hinausgeht. Wäre das von der Klägerin im Jahre 1994 geltend gemachte Begehren seinerzeit berechtigt gewesen, könnte dies auch nach der derzeit geltenden Rechtslage berücksichtigt werden, weil § 84 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LVO die Möglichkeit vorsieht, eine Ausnahme von dem Höchstalter für die Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe zuzulassen. Indessen muss das Einstellungsbegehren der Klägerin von vornherein an der Überschreitung des Höchstalters gemäß der schon damals geltenden Regelung scheitern.

Das Höchstalter von 35 Jahren hatte die Klägerin schon im Mai 1991 überschritten. Die Bestimmung der Höchstaltersgrenze durch Rechtsverordnung auf der Grundlage des § 15 LBG steht im Einklang mit höherrangigem Recht. Derartige an das Alter des Bewerbers anknüpfende Beschränkungen sollen die Dienstzeit mit dem Anspruch auf Versorgung während des Ruhestandes in ein angemessenes Verhältnis bringen und eine ausgewogene Altersstruktur in den jeweiligen Laufbahnen gewährleisten.

Die Klägerin hat keinen Anspruch darauf, dass gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LVO eine Ausnahme von dem Höchstalter zugelassen wird. Normativ ist insoweit nur ein besonderes Verfahren vorgesehen, wonach nicht allein die Einstellungsbehörde über die Zulassung einer Ausnahme entscheiden darf, ohne dass die materiellen Voraussetzungen der Ausnahme konkretisiert werden. Nach Sinn und Zweck soll § 84 Abs. 1 Nr. 1 LVO besonderen Fallgestaltungen Rechnung tragen, die in der Verordnung noch nicht berücksichtigt sind und eine Ausnahme u. a. dann ermöglichen, wenn ein erhebliches dienstliches Bedürfnis besteht, einen lebensälteren Bewerber zu gewinnen. Wird indessen die normative Altersgrenze aus Gründen überschritten, die in der Laufbahnverordnung selbst oder in anderen Rechtsvorschriften bereits berücksichtigt sind, können diese Gesichtspunkte keine Ausnahme nach § 84 LVO rechtfertigen.

Die Klägerin kann sich nicht auf die Regelung des § 84 Abs. 1 Satz 2 LVO berufen, wonach

...3

eine Ausnahme nach Satz 1 Nr. 1 als erteilt gilt, wenn der Bewerber an dem Tag, an dem er den Antrag gestellt hat, die Höchstaltersgrenze nicht überschritten hatte und die Einstellung oder Übernahme innerhalb eines Jahres nach Antragstellung erfolgt. Nach dem Wortlaut des § 6 Abs. 1 LVO wird die „Altersgrenze“ nicht „erhöht“, sondern darf nur „überschritten“ werden. Daraus ergibt sich, dass die Fiktion des § 84 Abs. 1 Satz 2 LVO nur dann eintreten kann, wenn die Regelaltersgrenze überschritten worden ist, nachdem der Antrag auf Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe gestellt worden war.